

01) Deutsche Anti-Einwanderungs-Aktivisten übernehmen die Kontrolle über soziale Medien

Von Éva Harangozó

29. 08. 2021



Alice Weidel - Foto: MTI / Clemens Bilan

Die Alternative für Deutschland (AfD) erobert die Plattformen der sozialen Medien. In einem von der [Deutschen Welle](#) veröffentlichten Artikel heißt es, die Partei habe weit weniger Anhänger als ihre größeren Konkurrenten, dominiere aber die sozialen Medien und überhole die Sozialdemokraten (SPD) und die Christdemokratische Union (CDU) auf Facebook, Instagram und YouTube.

Bei der Analyse der Beiträge der Parteien in den sozialen Medien zwischen dem 12. Juni und dem 15. August stellte die Deutsche Welle fest, dass die AfD einer der Spitzenkandidaten ist,

Alice Weidel ist die bei weitem erfolgreichste Online-Politikerin mit rund 4,9 Millionen Aufrufen ihrer Videos auf verschiedenen Plattformen in diesem Zeitraum.

Während die AfD nur 32.000 Mitglieder hat, sind es bei der CDU immer noch fast 430.000. Die Social-Media-Performance des CDU-Kandidaten Armin Laschet ist jedoch dürftig, da seine Botschaften u.a. zum Klimaschutz in der Regel nur wenige Nutzer auf Social-Media-Plattformen mobilisiert haben und nicht mehr als ein paar hundert Likes oder Shares erhielten.

Marcus Schmidt, Pressesprecher der AfD, formulierte dies gegenüber der Deutschen Welle so:

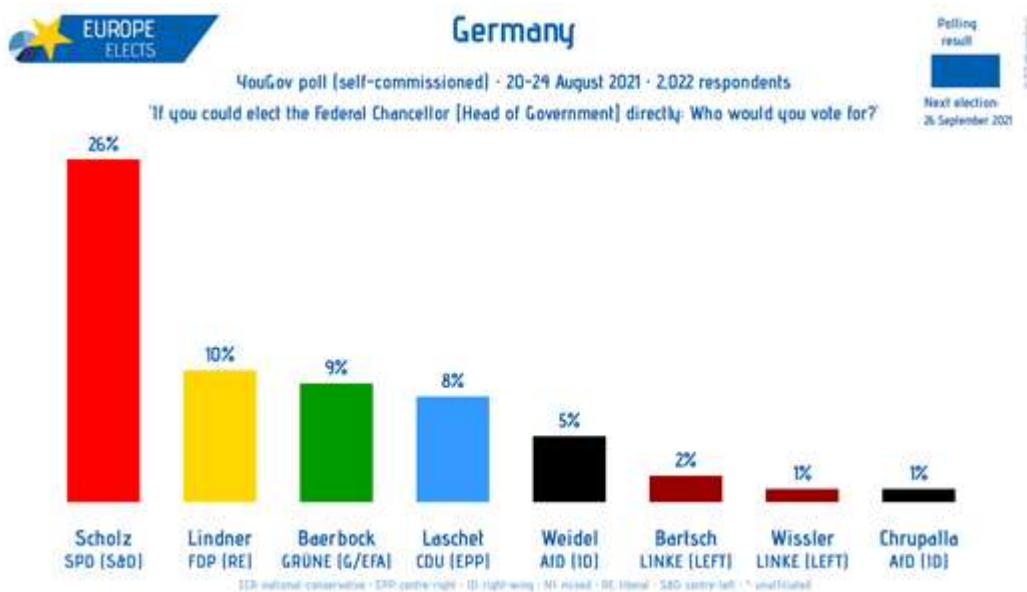
Ich glaube nicht, dass die AfD ohne Facebook so schnell erfolgreich gewesen wäre.

Die Dominanz der AfD in den sozialen Medien ist nicht neu: Eine vom [Spiegel](#) zitierte Umfrage vor zwei Jahren, vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, ergab, dass die Partei zwischen 11 und 15 Prozent Zustimmung erhielt,

doch 85 Prozent aller Online-Posts von deutschen politischen Parteien waren von der AfD.

Die restlichen 15 Prozent verteilten sich auf die SPD, die Grünen und die CDU/CSU.

Einem vom Spiegel befragten Experten zufolge ziehen die von der AfD aufgegriffenen Themen – wie Migration oder Kriminalität – deutlich mehr Reaktionen auf sich als Beiträge zu finanziellen oder kulturellen Themen. Außerdem reagiert die AfD viel schneller auf politische Ereignisse als andere Parteien.



Verschiedene

Umfragedaten zeigen, dass die CDU/CSU trotzdem zwischen 22 und 30 Prozent, die SPD zwischen 15 und 24 Prozent, die Grünen zwischen 16 und 20 Prozent und die AfD als Sechstplatzierte nur rund 11 Prozent erreichen würde, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ soll 712.000 Euro von der EU erhalten haben

28. 08. 2021



IRW-Logo · von Hamzaia / Wikimedia CC BY-SA 3.0

28/08/2021

Antwort der Europäischen Kommission:

Die Kommission hat Kenntnis von den Antworten, die die Bundesregierung 2017 und 2019 gegenüber Bundestagsabgeordneten zu den „persönlichen Verbindungen“ zwischen einigen ehemaligen Vertretern von Islamic Relief Deutschland und der Muslimbruderschaft gegeben hat, sowie von dem Verbot von Islamic Relief World durch die israelischen Behörden im Jahr 2014(1).

Die Haushaltsordnung (HO)(2) enthält auf objektiven Kriterien beruhende Regeln für die Gewährung von Mitteln an Einrichtungen. Im Bereich der humanitären Hilfe müssen Nichtregierungsorganisationen ihre Systeme, Regeln und Verfahren bewerten lassen, um zertifizierte Partner der EU zu werden.

Die Kommission diskriminiert nicht aufgrund von Religion oder Weltanschauung und stuft Partnerorganisationen nicht nach ihrer religiösen Zugehörigkeit ein.

Die Kommission hat „null Toleranz“ gegenüber jeglichem unangemessenen Verhalten von Partnern, die EU-Mittel erhalten. Die EU ist fest entschlossen, den Terrorismus zu bekämpfen, und wendet sich gegen jede Aufstachelung zu Gewalt und Hass. Die Kommission kann und wird keinerlei Unterstützung für den Terrorismus dulden(3) und wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, wenn ihr Anzeichen dafür bekannt werden, indem sie über das Frühwarn- und Ausschlussystem Einrichtungen, die Terrorismus finanzieren oder terroristische Straftaten begehen, von der EU-Finanzierung ausschließt(4). Die ordnungsgemäße Verwendung der EU-Mittel wird außerdem durch strenge Mechanismen

(wie die Aussetzung des Vertrags oder der Zahlungen, die Beendigung des Vertrags und die Rückforderung von EU-Mitteln und wirtschaftlichen Ressourcen) gewährleistet, die in der Haushaltsordnung und in den mit den Empfängern der EU-Mittel geschlossenen Vereinbarungen geregelt sind.

Einrichtungen, die EU-Mittel einsetzen, unterliegen ebenfalls den restriktiven Maßnahmen der EU(5). (5) In diesem Zusammenhang dürfen Personen und Einrichtungen, die von der EU als von Sanktionen betroffen bezeichnet werden, keine EU-Mittel erhalten. Die Kommission verweist auf die Antworten des für Haushalt und Verwaltung zuständigen Kommissionsmitglieds auf die schriftlichen Fragen im Rahmen des Entlastungsverfahrens 2019(7).

(1) www.theguardian.com/world/2020/jul/27/islamic-relief-to-contest-israeli-terrorism-allegations-in-court

(2) ABI. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

(3) KOM(2020) 795 endgültig vom 9.12.2020.

(4) Artikel 136 Absatz 1 Buchstabe d der Haushaltsordnung

(5) Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(6) www.sanctionsmap.eu

(7) Insbesondere auf die schriftliche Anfrage Nr. 38:

www.europarl.europa.eu/cmsdata/216929/Discharge%20Questionnaire_Hahn_Commission%20replies%20consolidated%20final%20clean.pdf

Frage: Finanzierung einer islamischen Vereinigung durch die Europäische Kommission

Die Kommission hat Islamic Relief Deutschland als humanitären Partner für den Zeitraum 2021–2027 zertifiziert und bereits 712.000 Euro an Zuschüssen gewährt.

Die Vereinigung gilt in Deutschland als der Muslimbruderschaft nahestehend und wird in Israel als terroristische Organisation geführt.

Wie kann die Kommission in einer Zeit, in der Europa eine beispiellose Terrorismuswelle erlebt, die fast dreihundert französische Bürger das Leben gekostet hat, eine Organisation finanzieren, die der Muslimbruderschaft nahesteht und fester Bestandteil der islamistischen Netzwerke ist?

Es ist nicht das erste Mal, dass die Kommission diese Art von Organisationen finanziert. So hat sie beispielsweise das European Muslim Network (gegründet von Tariq Ramadan), das Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF, von der französischen Regierung aufgelöst), das Forum der europäischen muslimischen Jugend- und Studentenorganisationen (Femyso) und Empowering Belgian Muslims finanziert.

Kann die Kommission in Anbetracht dieser Informationen;

1. die Entscheidungen, die zu diesen Partnerschaften geführt haben, trotz der bekannten Verbindungen dieser Vereinigungen zur islamistischen Bewegung rechtfertigen?

2. Beabsichtigt sie, ihre Zusammenarbeit mit Islamic Relief zu beenden und keine Zuschüsse mehr zu zahlen?

3. Wird sie die Rolle der Muslimbruderschaft beim Aufstieg des Islamismus öffentlich anprangern und alle Subventionen für Organisationen der Muslimbruderschaft streichen?

04/07/2021

Nach Angaben deutscher Medien haben extremistische islamistische Vereinigungen Gelder aus Europa erhalten. Der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ soll 712.000 Euro von der Europäischen Kommission erhalten haben. Diese Organisationen können in der Regel den Deckmantel einer karitativen Organisation nutzen.

Atlantico: Wie mehrere Medien wie Die Welt in Deutschland aufgedeckt haben, haben extremistische islamistische Vereinigungen Gelder aus Europa erhalten. Allein im Jahr 2019 hätte der der Muslimbruderschaft nahestehende Verein „Islamic Relief Germany“ 712 000 Euro von der Europäischen Kommission erhalten. Die Generaldirektion für Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) ist angeblich beteiligt. Ist es möglich, dass Verbände, deren Werte mit denen der EU unvereinbar sind, Schlupflöcher im System ausgenutzt haben, um solche Beträge zu erhalten? Wie haben sie das gemacht? Haben sie zum Beispiel den Deckmantel einer karitativen Organisation benutzt?

Florence Bergeaud-Blackler (Forscherin am CNRS): Zunächst einmal müssen wir uns über die Begriffe im Klaren sein. Wie stellt man fest, dass eine Vereinigung „extremistisch“ ist, dass ihre Werte nicht mit denen der EU vereinbar sind? Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (EU), die seit dem Vertrag von Lissabon (2009) verbindlich ist, enthält eine Reihe von Grundsätzen wie die Gleichheit von Männern und Frauen, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, zu der auch die Freiheit gehört, seine Religion nicht zu haben oder zu wechseln.

Eine NGO, die diese Kriterien nicht einhält, sollte theoretisch niemals von den europäischen Institutionen finanziert werden oder Unterstützung erhalten. Diese Finanzierung und Unterstützung fällt jedoch durch die Maschen, weil sie ihre Aktivitäten verbergen, aber auch, weil sie sich hinter karitativen Werken oder der Verteidigung der Menschenrechte verstecken.

Der Fall von „Islamic Relief“ ist besonders emblematisch. Dieser humanitären NGO (und ihren nationalen Büros) werden seit etwa zwanzig Jahren Verbindungen zu terroristischen Netzwerken vorgeworfen. Mehrmals wurde sie wegen antisemitischer Äußerungen angeprangert (US-Außenministerium). In Europa haben Länder wie Frankreich, die Schweiz, die Niederlande und Deutschland seit langem die Verbindungen von Islamic Relief zur Muslimbruderschaft erkannt. Dennoch erhielt Islamic Relief Deutschland“ Berichten zufolge 712.000 Euro von der Europäischen Kommission. In den Jahren 2019–2020 hat Schweden – ein Land, in dem die Bruderschaft einen gewissen Einfluss hat – Islamic Relief Worldwide 2,1 Millionen Dollar für „humanitäre Unterstützung“ in Gaza gewährt. Und das, obwohl die schwedische Agentur für zivile Notfälle 2016 berichtete, dass Islamic Relief eine „Schlüsselorganisation“ bei der Unterstützung der Muslimbruderschaft war, dass sie Milizen im Syrienkonflikt unterstützte und dass die Vereinigten Arabischen Emirate bereits 2014 Organisationen von Islamic Relief auf ihre Liste der terroristischen Organisationen gesetzt hatten.

Die Gründer von Islamic Relief haben enge Verbindungen zur Bruderschaft, wenn sie nicht gerade in leitender Funktion tätig sind, und sie waren stark an der Verbreitung der Bruderschaft in Europa beteiligt.

Essam El-Haddad, Mitbegründer von Islamic Relief Worldwide und ehemaliger Direktor von Islamic Relief Worldwide und Islamic Relief-UK war ein hochrangiger Funktionär der Muslimbruderschaft.

Ahmed Al-Rawi, ehemaliger Direktor von IRW, war Präsident der europäischen Bruderschaftsorganisation FIOE und Mitglied des Europäischen Fatwa-Rates unter der Leitung von Youssef el-Qaradawi.

Der Rest des Interviews auf [Atlantico](#)

05/09/2020

Nach Angaben des Berliner Senats und der Bundesregierung hat Islamic Relief Deutschland Verbindungen zu Organisationen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft. Die Bundesregierung hat in einer schriftlichen Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion vom 15. April 2019 erneut „erhebliche personelle Verflechtungen“ zwischen „Islamic Relief Worldwide“ sowie „Islamic Relief Deutschland“ mit der „Muslimbruderschaft“ oder ihr nahestehenden Organisationen bestätigt. Gleichzeitig bestätigte die Bundesregierung, dass „aus den öffentlich zugänglichen Jahresberichten von ‚Islamic Relief Deutschland‘ und ‚Islamic Relief Worldwide‘ hervorgeht, dass ‚Islamic Relief Deutschland‘ den Großteil der Projektmittel an ‚Islamic Relief Worldwide‘ überweist“.

Islamic Relief wird beschuldigt, Kontakte zur Muslimbruderschaft zu unterhalten. Dennoch unterstützte das Auswärtige Amt die Vereinigung. Nach einer Untersuchung der WELT AM SONNTAG stellt Aktion Deutschland Hilft die Zusammenarbeit nun ein.

Aktion Deutschland Hilft hat die Mitgliedschaft bei Islamic Relief Deutschland bis auf Weiteres ausgesetzt. Dies teilte eine Sprecherin des Bündnisses der Katastrophenschutzorganisationen der WELT AM SONNTAG mit. Diesem Treffen ging den Angaben zufolge eine außerordentliche Sitzung des Vereinsvorstands mit Vertretern von Islamic Relief am Donnerstag in Bonn voraus. Islamic Relief wird nun die Möglichkeit haben, „seine Strukturen und Systeme zu überprüfen“, so die Erklärung.

Islamic Relief bezeichnet sich selbst als „Partner der Bedürftigen und Notleidenden in aller Welt“. Der in Köln ansässige gemeinnützige Verein steht jedoch in der Kritik, Kontakte zu Vertretern des fundamentalistischen Islam zu unterhalten. Im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP erklärt, es gebe „erhebliche personelle Verflechtungen“ zwischen Islamic Relief und der islamischen Muslimbruderschaft oder ihr nahestehenden Organisationen.

Das israelische Verteidigungsministerium betrachtet das internationale Büro der Organisation, Islamic Relief Worldwide, als Teil des Finanzierungsapparats der radikal-islamischen Organisation Hamas. Islamic Relief weist diese Vorwürfe zurück. Islamic Relief Deutschland und Islamic Relief Worldwide sind beide „reine Hilfsorganisationen und lehnen Terrorismus und jede Form von Gewalt entschieden ab“, so ein Sprecher. Er sagte, die israelische Anschuldigung sei Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens.

Im Jahr 2019 hat Aktion Deutschland Hilft Spenden in Höhe von 36 Millionen Euro gesammelt. Von diesem Betrag gingen nach Angaben im Jahresbericht etwa 2,5 Millionen Euro an Islamic Relief. Die Spendenaufrufe werden u.a. von der ARD als offiziellem Medienpartner ausgestrahlt und erreichen ein Publikum von mehreren Millionen Menschen. Der Vorstandsvorsitzende des Bündnisses ist Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD). Auch das Auswärtige Amt unterstützt Islamic Relief seit Jahren direkt. Diese Subventionen in Höhe von mehreren Millionen Euro lösten eine Prüfung des Bundesrechnungshofes aus, die in diesem Jahr abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse der Prüfung wurden als vertraulich eingestuft. Sie enthielt „zu einem großen Teil ... verfassungsschutzrelevante Informationen“.

Nach Angaben von German Islamic Relief ist ein Projekt mit dem Auswärtigen Amt im März 2020 ausgelaufen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch eine Zahlung des Ministeriums. „Wenn es tatsächlich Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Förderung gegeben hätte, wäre Islamic Relief Deutschland mit Rückzahlungsforderungen und dem Vorwurf der illegalen Mittelverwendung konfrontiert worden“, erklärte ein Sprecher des Vereins. Die Wohltätigkeitsorganisation hofft, auch in Zukunft Mittel vom Auswärtigen Amt zu erhalten.

Vor kurzem sind zwei Mitarbeiter von Islamic Relief Worldwide wegen Antisemitismusvorwürfen zurückgetreten. In einer Presseerklärung kündigte die Organisation einen Reformprozess an.

Quelle. [Fdsouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Deutschland: Somalier nach Messerangriff erschossen

26. 08. 2021



Symbolbild · Bildquelle: LesObs

Polizeibeamte haben in der hessischen Kleinstadt Groß-Gerau einen Mann erschossen. Gegen 21 Uhr waren mehrere Notrufe bei ihnen eingegangen.

„Bei der Festnahme wurden Schusswaffen gegen einen Verdächtigen eingesetzt“, teilte die Polizei mit. Der Mann wurde schwer verletzt und starb noch während der Behandlung durch einen Notarzt.

Mehrere andere Personen wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

Es begann offenbar mit einem Familienstreit in einer Wohnung. Der 39-jährige somalische Vater griff seine Schwiegermutter und seine Frau (40) mit einem Messer an. Die Schwiegermutter wurde besonders schwer verletzt.

Der Frau gelang es, aus der Wohnung zu fliehen, doch der Ehemann verfolgte sie. Dann verletzte er zwei Nachbarn (43 und 46 Jahre alt), die seiner Frau zu Hilfe geeilt waren, mit dem Messer.

Die inzwischen alarmierte Polizei griff daraufhin zur Waffe und erschoss den 39-jährigen Mann.

Quelle: [Bild](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Dramatischer demografischer Wandel in Deutschland bei Kindern im Schulalter: Mehrheit der Schüler in Hamburg hat Migrationshintergrund

25. 08. 2021



Fotoquelle: suedtiroler-freiheit.com (SYMBOLBILD)

An Hamburgs allgemeinbildenden Schulen haben von den rund 257.000 Kindern im Schuljahr 2020/2021 51,4 Prozent einen Migrationshintergrund. Während der demografische Wandel in Hamburg signifikant ist, vollzieht sich dieser Wandel auch im übrigen Deutschland, wenn auch langsamer.

Die Geburtenrate in Deutschland ist seit Jahren konstant. Im Durchschnitt bringen Frauen derzeit 1,53 Kinder zur Welt. Damit liegt Deutschland ziemlich genau im Mittelfeld der EU. **Eine Bevölkerung gilt als fortpflanzungsfähig, wenn die Geburtenrate mindestens 2,1 beträgt.**

„Ein Land mit Kindern ist ein Land mit Zukunft“, sagte der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU).

Dieses Deutschland ist weit entfernt von dem, was es war, als Kohl an der Macht war. Was sich seitdem deutlich verändert hat, ist die ethnische Zusammensetzung der Kinder und damit der zukünftigen Steuerbasis Deutschlands, was sich an der Zahl der Schüler unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund ablesen lässt. Die Junge Freiheit hat bei den Bundesländern Daten zur Demographie der schulpflichtigen Kinder angefordert und in den meisten Fällen die neuesten Zahlen erhalten.

Auffällig ist, dass in einigen Bundesländern junge Deutsche ohne ausländische Wurzeln nur eine knappe Mehrheit bilden. In Hamburgs allgemeinbildenden Schulen hat sich das Verhältnis bereits gegen sie gewendet. Von den rund 257.000 Kindern im Schuljahr 2020/2021 hatten 51,4 Prozent einen Migrationshintergrund. Nach der Definition der meisten Bundesländer ist dies der Fall, wenn ein Schüler im Ausland geboren wurde, ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist, das Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder zu Hause eine „nichtdeutsche Herkunftssprache“ gesprochen wird.

In nordrhein-westfälischen Gymnasien liegt der Wert bei über 60 Prozent.

In Bremen hatten 44,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund. Wie in den meisten anderen Bundesländern lag der Anteil an den beruflichen Schulen mit 31,9 Prozent deutlich niedriger. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen lag der Anteil bei 39,3 Prozent. Betrachtet man jedoch die einzelnen Schularten, so gibt es erhebliche Unterschiede.

An den Gymnasien lag der Anteil der Schüler mit ausländischer Herkunft bei 62,5 Prozent, gefolgt von den Gesamtschulen (45,8 Prozent). An den Grundschulen lag dieser Anteil bei 44,9 Prozent. Dagegen machten Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln an den Gymnasien im westlichen Bundesland weniger als ein Drittel aus.

Knapp hinter Nordrhein-Westfalen folgt Berlin in der Rangliste mit dem höchsten Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. In der Hauptstadt lag der Wert bei den allgemeinbildenden Schulen bei 39,3 Prozent und bei den beruflichen Schulen bei 28 Prozent. In Hessen hatten 38,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen ausländische Wurzeln.

In drei Bundesländern werden solche Daten nicht erfasst

In Schleswig-Holstein hatten im vergangenen Schuljahr 30 Prozent der 290.400 Kinder und Jugendlichen, die Grund-, Regional- und Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien besuchten, ausländische Wurzeln. An den beruflichen Schulen lag der Wert mit 13 Prozent deutlich niedriger.

Baden-Württemberg belegt den siebten Platz. Von den rund 1.100.000 Schülern an allgemeinbildenden Schulen hatten 27,2 Prozent ausländische Vorfahren. Ähnlich hoch war der Wert an den beruflichen Schulen. Für Bayern lagen die Zahlen für das vergangene Schuljahr noch nicht vor.

In Rheinland-Pfalz liegt die Quote der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf einem ähnlichen Niveau. Sie liegt im Schuljahr 2020/2021 bei knapp über 23 Prozent in den allgemeinbildenden und 16,4 Prozent in den beruflichen Schulen. In den beiden übrigen

westdeutschen Bundesländern Niedersachsen und Saarland wird der Migrationshintergrund an den Schulen nicht ausgewiesen.

Eine Sprecherin des niedersächsischen Landesamtes für Statistik erklärte gegenüber der *Jungen Freiheit*, dass das Merkmal Migrationshintergrund zwar schon seit einigen Jahren in den entsprechenden Datensystemen vorhanden sei, die Werte aber noch nicht überprüfbar seien. Damit entsprächen sie nicht den qualitativen Anforderungen.

Dies sollte sich aber bald ändern. Im Saarland wird nur zwischen deutschen und ausländischen Studierenden unterschieden. Im vergangenen Jahr lag der Anteil nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher an den allgemeinbildenden Schulen dort bei 15,1 Prozent.

Erwartungsgemäß ist die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern deutlich geringer als die der Schüler ohne ein entsprechendes Merkmal. Am niedrigsten ist der Wert in Brandenburg. Von den knapp 295.000 Kindern und Jugendlichen an allgemein- und berufsbildenden Schulen hatten im vergangenen Jahr 7,1 Prozent ausländische Wurzeln. In Mecklenburg-Vorpommern lag dieser Wert bei 7,4 Prozent an allgemeinbildenden Schulen und 8,7 Prozent an beruflichen Einrichtungen.

Es folgt Thüringen, wo dieser Anteil über alle Schulformen hinweg bei acht Prozent lag. In Sachsen lag der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an den allgemeinbildenden Schulen bei 10,9 Prozent und an den beruflichen Schulen bei 7,3 Prozent. Wie das Statistische Landesamt in Sachsen-Anhalt mitteilt, unterscheidet das Land nicht zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, sondern nur zwischen deutschen und nichtdeutschen Schülern. 6,3 Prozent der knapp 200.000 Kinder und Jugendlichen an allgemeinbildenden Schulen waren demnach Ausländer. In den beruflichen Schulen lag der Anteil mit 7,1 Prozent etwas höher.

Deutschland ist nicht das einzige westliche Land mit einem dramatischen demografischen Wandel. In den Vereinigten Staaten stellen die Weißen inzwischen eine Minderheit der unter 18-Jährigen dar. Der Anteil der Weißen an der US-Bevölkerung ist von über 90 Prozent in den 1960er Jahren auf 57 Prozent gesunken.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich

05) Österreich: Die „Pandemie“ samt Schikanen ist vorbei! Aber nur für Kurz

29. 08. 2021



ÖVP-Parteitag | Bild: Screenshot FB

Es gehört schon ein gerüttelt Maß an Frechheit und Überheblichkeit dazu, für Herbst wieder neue Schikanen im Zuge der „Pandemiebekämpfung“ anzukündigen und gleichzeitig demonstrativ auf die selbst verordneten Maßnahmen zu pfeifen. So geschehen am Parteitag der ÖVP, wo Sebastian Kurz nach seiner an die obersten-sowjetartige 99,4-prozentigen Zustimmung sich von seinen Parteifreunden huldigen, küssen und herzen ließ, wie es älteren Leser von uns an Treffen zwischen Breschnew und Honecker noch in Erinnerung ist.

Die Klubobmann-Stellvertreterin des FPÖ und Ärztin Dr. Dagmar Belakowitsch findet dazu die passenden Wort:

„Die ÖVP hat heute ein deutliches Zeichen gesetzt: Kanzler Kurz und seine über 1.000 Parteifreunde haben vorgeführt, dass die Pandemie vorbei ist! Wenn die Schwarzen an ihrem Parteitag keine Regeln einhalten müssen (Abstand, Maske, Händeschütteln, Umarmen, Abbusseln), dann braucht das der Rest Österreichs wohl auch nicht mehr zu machen in den Supermärkten, am Arbeitsplatz, an den Universitäten und in den Schulen, oder?“



Inwieweit die Kurz'schen Versprechungen überhaupt noch ernst zu nehmen sind, beweist die Montage (hier unten). Vor genau zwei Monaten kündigte Kurz noch an, dass die „Pandemie für Geimpfte“ praktisch vorüber sei. Beim vor wenigen Tagen stattgefundenen „Donauinsselfest“ entpuppten sich die Worte von Kurz einmalmehr als Lügen.



Wenn es gilt, Stimmung für Impfungen zu machen, werden im Dienst von ‚Big-Pharma‘ Lockerungen versprochen. Hingegen wird der Schalter von „Lockerung“ wieder auf

„Disziplinierung“ umgelegt, wenn man den Weisungen von Gesellschaftskonstrukteuren wie dem Gründer des *World Economic Forum (WEF)* und Globalisten Klaus Schwab, zu folgen hat.



Erteilt hier Schwab dem jungen Kanzler Kurz Weisungen wie es lang zu gehen hat?

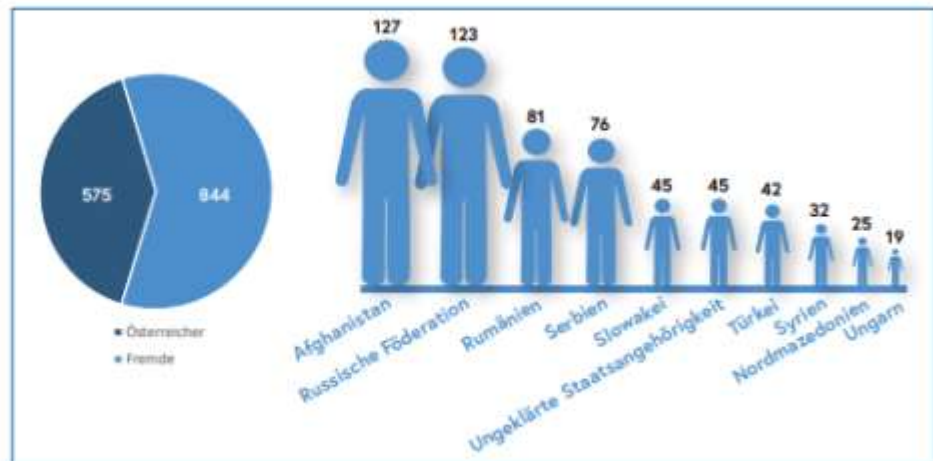
06) Statistik Raubüberfälle Österreich 2018: 59,48 % Ausländer, bei „nur“ 15,3 % Bevölkerungsanteil – allen voran Afghanen

26. 08. 2021



Bildquelle: FDS

844 Tatverdächtige waren Fremde. Davon stammten 127 aus Afghanistan, 123 aus der Russischen Föderation und 81 aus Rumänien.



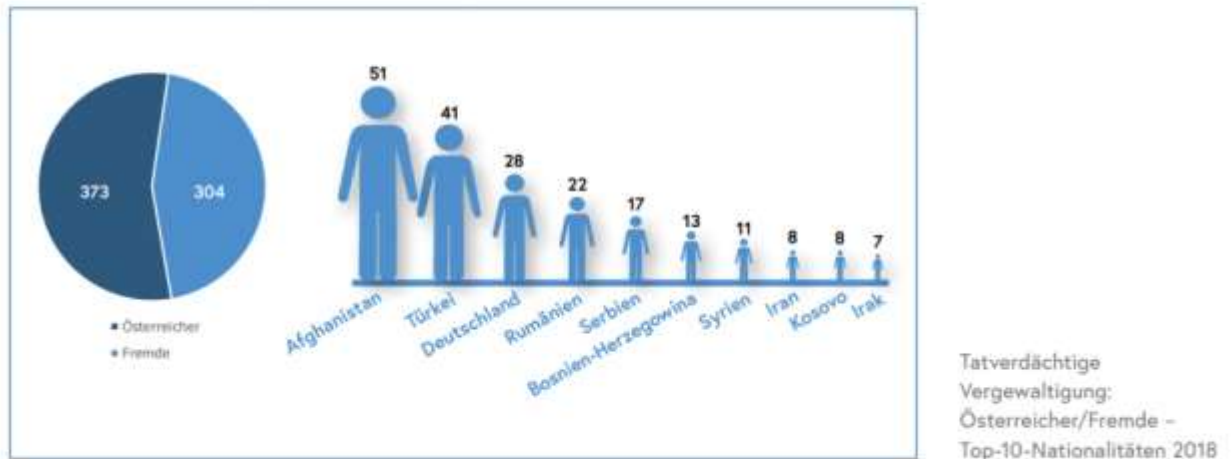
Raub vollendet: Tatverdächtige – Top-10-Nationalitäten 2018

Man geht sicher nicht fehl, unter den „Angehörigen der Russischen Föderation“ vor allem Tschetschenen zu verstehen, die in Österreich eine besonders hohe „Asylquote“ erreicht haben.

Ferner:

16,78% der ausländischen Vergewaltigungsverdächtigen sind Afghanen, während sie nur 0,48% (!) der Gesamtbevölkerung in Österreich ausmachen

373 der 677 Tatverdächtigen stammten aus Österreich, 51 aus Afghanistan und 41 aus der Türkei.



Quelle: [Statista](#) / [Statistik](#) / Österreichische Bundesregierung: Bundeskriminalamt 2018 – Bundesministerium für Inneres

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Der „Neger“ im österreichischen Recht – damals und heute

26. 08. 2021



Zeitungs aus 1965

In George Orwell's Klassiker der Weltliteratur „1984“ erklärt der Protagonist der Handlung, Winston Smith, dass er im Wahrheitsministerium in dem er arbeitet, am Adaptieren der Vergangenheit an die Gegenwart mitwirke. Nicht dürfe an Relikten oder Wissen vergangener Zeiten übrigbleiben, was nicht dem zeitgeistkonformen Vorgaben des „Großen Bruders“ entsprach. Die Begründung dazu liefert uns ebenfalls Orwell: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.“

Ein Musterbeispiel einer derartigen orwellschen Vorgangsweise, um nicht zu sagen Dokumentenfälschung, liefert uns das österreichische „Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS)“.

Dazu ein Beispiel:

Im Jahre 1968 wurde behördlicherseits die Zustimmung zu einer Ehe einer Österreicherin mit einem, wir zitieren wörtlich, „Kongoneger“ verweigert. Die Begründung dazu:

„Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem Kongoneger ist mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung er einer verweigerten Zustimmung.“

Das entsprechende Dokument wurde dann 1997 digitalisiert (siehe unten) uns für jeden zugänglich gemacht. Im Jahr 2013 (19.12.2013) fand dann eine „Aktualisierung“ statt. Seitdem liest es sich so:

„Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem 24-jährigen Kunststudenten (Staatsbürger der Republik Kongo) ist mangels hinreichender finanzieller Sicherheit und wegen erhöhter Konfliktmöglichkeiten mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung einer verweigerten Zustimmung.“

Die Originalversion aus 1968 findet sich noch im 1997 digitalisierten Dokument:

Übersicht

Justiz (OGH, OLG, LG, BG, OPMS, AUSL)

[Druckansicht](#)

Verweis auf diesen Rechtssatz: [RIS - Justiz - Rechtssatz für 6Ob145/68](#)

Gericht

OGH

Dokumenttyp

Rechtssatz

Hauptdokument



Rechtssatznummer

RS0056363

Geschäftszahl

6Ob145/68

Entscheidungsdatum

22.05.1968

Norm

EheG §3 Abs3

Rechtssatz

Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem Kongoneger ist mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung einer verweigerten Zustimmung.

Entscheidungstexte

- 6 Ob 145/68
Entscheidungstext OGH 22.05.1968 6 Ob 145/68
Veröff: JBl 1968,570

Dokumentnummer

JJR_19680522_OGH0002_00600B00145_6800000_001

Hier die „aktualisierte“ Version < <https://ris.bka.gv.at/default.aspx> > von 2013:



Justiz (OGH, OLG, LG, BG, OPMS, AUSL)

Gericht

[OGH](#)

Dokumenttyp

Rechtssatz

Rechtssatznummer

RS0056363

Geschäftszahl

6Ob145/68

Entscheidungsdatum

22.05.1968

Norm

EheG §3 Abs3

Rechtssatz

Die Eheschließung einer minderjährigen Österreicherin mit einem 24-jährigen Kunststudenten (Staatsbürger der Republik Kongo) ist mangels hinreichender finanzieller Sicherheit und wegen erhöhter Konfliktmöglichkeiten mit einem vielfältigen Risiko belastet, für welches weder der Vormund noch das Gericht die Verantwortung übernehmen können, daher keine Ersetzung einer verweigerten Zustimmung.

Entscheidungstexte

- 6 Ob 145/68
Entscheidungstext OGH 22.05.1968 6 Ob 145/68
Veröff: JBl 1968,570

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1968:RS0056363

Im RIS seit

15.06.1997

Zuletzt aktualisiert am

19.12.2013

Dokumentnummer

JJR_19680522_OGH0002_0060OB00145_6800000_001

Schweiz

08) Christoph Blocher will seinen Kampf gegen die EU fortsetzen und lehnt jede andere Vereinbarung ab

29. 08. 2021



Christoph Blocher · *Bildquelle: LesObs*

Der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher (SVP) hat am politischen Tag der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Action pour une Suisse indépendante et neutre, ASIN) zum Kampf gegen ein neues Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU aufgerufen. Er will die Kräfte unter seiner Führung vereinen.

Christoph Blocher hat sich für einen Zusammenschluss der Kräfte zwischen der ASIN und dem Komitee „EU-Nein“ ausgesprochen, um die Kampfkraft zu stärken. Er selbst beabsichtigt, diese Arbeitsgruppe zu leiten: Da er viele Jahre lang den Vorsitz beider Organisationen innehatte, kennt er deren Stärken und Schwächen, sagte er in seiner schriftlichen Rede.

Die Gefahr einer institutionellen Anbindung der Schweiz an die EU sei zwar vorerst gebannt, aber nicht verschwunden, so Blocher. „Wir haben einen Schritt gemacht. Aber die Mehrheit der politischen Klasse will nach wie vor die automatische Übernahme des Rechts, das Entscheidungsrecht fremder Richter und die Unterzeichnung eines verräterischen Abkommens, das mit der ‚Guillotine‘-Klausel faktisch ein Kündigungsverbot bedeutet.“

Quelle: [Les Observateurs](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Kanton Waadt: Anwalt appelliert im Namen eines Hundes

27. 08. 2021



Pomeranian (Symbolbild) - Foto: Jpkollman / Wikimedia CC0

Lokum, ein Pomeranian, wurde mit falschen Papieren aus der Türkei eingeführt, was sein Besitzer nicht wusste.

Das Waadtländer Veterinäramt hatte beschlossen, den Pomeranian einzuschläfern, da es den Verdacht hatte, dass er an Tollwut erkrankt war. Der Anwalt seines Besitzers, Romain Jordan, hatte im Namen seines Mandanten, aber auch des Hundes selbst, Einspruch gegen das Urteil eingelegt.

„Wenn ich mich nicht irre, ist dies der erste Fall in der Schweizer Justizgeschichte“, sagte Jordan. Das Interesse besteht darin, „den Hund als unmittelbaren Träger von Rechten als nicht-menschliche Person zu etablieren, ohne dass es auf den materiellen Besitz einer Sache durch seinen Besitzer ankommt“. Er argumentiert, dass Lokum als empfindungsfähiges Wesen gilt, und zitiert dazu ausländische Rechtsprechung: In

Argentinien wurde 2014 und in Kolumbien 2017 ein Orang-Utan und ein Bär als nichtmenschliche Personen anerkannt.

Der angefochtene Waadtländer Entscheid sah vor, dass Lokum bis zum 23. August in die Türkei (aus der er mit gefälschten Papieren eingeführt worden war) zurückgeschickt wird, falls der Tollwutverdacht bestehen bleibt. Andernfalls sollte er am 24. eingeschläfert werden. Am 25. wurde er eingeschläfert, allerdings aus einem anderen Grund: Er befand sich in einem kritischen Zustand, nachdem er sich vermutlich mit dem Parvovirus angesteckt hatte. Dieser Zeitplan „überrascht“ Herrn Jordan, der die rasche Verschlechterung des Gesundheitszustands des Hundes für „unerklärlich“ hält. Der Kantonstierarzt Giovanni Peduto, dem die Ergebnisse der Autopsie noch nicht vorliegen, weist darauf hin, dass die illegal eingeführten Tiere im Allgemeinen schlechten Zucht- und Transportbedingungen ausgesetzt waren, die sie geschwächt und dem Tod ausgesetzt haben. „Dieses Tierschutzproblem zeigt, wie wichtig es ist, illegale Einfuhren zu bekämpfen“.

Der Anwalt, ein Verfechter des Tierschutzes, will nun beantragen, dass seine Berufung trotzdem bearbeitet wird: Er möchte eine Entscheidung in der Sache.

Fachleute sind hingegen skeptisch gegenüber den Erfolgsaussichten des Antrags. François Bellanger, Professor an der Universität Genf, stellt fest, dass ein Tier „keine Person ist“. Es handelt sich um eine bewegliche Sache im Sinne des Zivilrechts, auch wenn diese Qualifikation seit einigen Jahren umstritten ist. Sie ist daher nicht rechtsmittelfähig. Thierry Tanquerel, Honorarprofessor an der UNIGE, stimmt dem zu: „Ich sehe es als eine Kommunikationsmaßnahme, um die Rechtsprechung in Gang zu bringen.“

Quelle: 20min.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER